

Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung am 31. August 2015

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Tagesordnung:

- TOP 1 Begrüßung, Genehmigung der Tagesordnung
 - TOP 2 Anerkennung der Niederschrift der Sitzung vom 18. Mai 2015
 - TOP 3 Anfragen
 - TOP 4 Nächste Schritte zur barrierefreien Kommunikation
 - TOP 5 Beantwortung von Fragen an die Verwaltung
 - TOP 6 Berichte der Runden Tische
 - TOP 7 Mitteilungen der Verwaltung
 - TOP 8 Verschiedenes
- Fragestunde für Bürgerinnen und Bürger

Anwesenheitsliste

Mitglieder

Ratsherr Lehne	Vorsitzender (CDU-Ratsfraktion)
Herr Wessels	stellvertretender Vorsitzender (ARGE e. V.)
Herr Borzim	Menschen mit geistiger Behinderung
Herr Buschhausen	Amt für soziale Sicherung und Integration
Herr Fischer	Menschen mit Körperbehinderung und chronischer Erkrankung
Herr Graf	Menschen mit Hörbehinderung
Herr Greß	Amt für Gebäudemanagement
Frau Hoop	Gesundheitsamt
Frau Humpert-Kalb	Sprecherin Runder Tisch Kinder, Jugendliche und Familie
Herr Joedecke	Sprecher Runder Tisch Kommunikation
Herr Kozyk	Menschen mit Sehbehinderung
Ratsherr Matheisen	FDP-Ratsfraktion
Frau Ott	Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Frau Reichmann-Schmidt	Menschen mit psychischer Behinderung
Frau Rigter	Behindertenkoordination
Frau Sader	Seniorenrat
Herr Schlachetzki	Sprecher Runder Tisch Bauen
Ratsherr Stieber	CDU-Ratsfraktion
Herr Westerberg	Ratsfraktion Die Linke

Stellvertretende Mitglieder

Frau Boes	Liga Wohlfahrt
Frau Dill	stellvertretende Sprecherin Runder Tisch Kinder, Jugendliche und Familie
Herr Fladerer	stellvertretender Sprecher Runder Tisch Verkehr
Frau Hartmann	Behindertenkoordination
Frau Hermanns	Arbeitsgemeinschaft der Vereine behinderter und chronisch kranker Menschen e. V.
Frau Kirberg	Menschen mit geistiger Behinderung
Herr Klussmann	Menschen mit Hörbehinderung
Herr Nowinski	Ratsfraktion Die Linke
Frau Pohlmann	Menschen mit Sehbehinderung
Frau Ripper	Seniorenrat
Ratsfrau Steinbrink-Neubacher	SPD-Ratsfraktion
Herr Welski	Körper- und Mehrfachbehinderte

Niederschrift der Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung
vom 31. August 2015

Weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Gäste

Herr Fischer	Büro Oberbürgermeister
Frau Hampe	Assistenz Herr Borzim
Frau Heggen	Amt für soziale Sicherung und Integration
Herr Horn	Jugendamt
Frau Jäckel-Engstfeld	Amt für Kommunikation
Herr Kamphausen	Amt für Kommunikation
Herr Müller	Behindertenkoordination (Schriftführung)
Herr Pasch	Gesundheitsamt
Frau Regner	Amt für Gebäudemanagement
Herr Dr. Sanders	Büro Oberbürgermeister
Herr Spelten	Assistenz Frau Kirberg
Herr Stöfer	Büro Oberbürgermeister
Frau Wernecke	Schulverwaltungsamt
Herr Zimmermann	Kulturamt

Entschuldigt

Frau Bellstedt	Liga Wohlfahrt
Herr Decius	Menschen mit Mehrfachbehinderung
Herr Dölling	Amt für soziale Sicherung und Integration
Frau Güdelhöfer	Amt für Gebäudemanagement
Herr Hahn	stellvertretender Sprecher Runder Tisch Bauen
Frau Kroker-Christmann	Arbeitsgemeinschaft der Vereine behinderter und chronisch kranker Menschen (ARGE) e. V.
Frau Laqua	Gleichstellungsbüro
Ratsfrau Mohrs	SPD-Ratsfraktion
Frau Rohrbacher	Menschen mit psychischer Behinderung
Ratsherr Stieber	CDU-Ratsfraktion
Ratsherr Warnecke	Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen

TOP 1

Begrüßung, Genehmigung der Tagesordnung

Die Sitzung wird vom stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Wessels, eröffnet. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Beirates fest.

Herr Wessels erinnert an das langjährige Beiratsmitglied und die Vorsitzende der Lebenshilfe Düsseldorf e. V., Frau Evelyn Küpper, die am 27. August verstorben ist. Die Mitglieder des Beirates erheben sich zum Angedenken von ihren Sitzen.

Im Anschluss erfolgt die kurze Vorstellungsrunde. In deren Verlauf übernimmt Ratsherr Lehne den Vorsitz.

Frau Ott meldet das Thema „Düsseldorfer Modell“ für die S8 unter dem TOP „Verschiedenes“ an. Herr Kozyk meldet das Thema „ämter- und dezernatsübergreifende Zuständigkeiten im Planungsprozess“ an. Herr Buschhausen verweist darauf, dass dieser Punkt von der Verwaltung bereits unter TOP 5 vorgesehen sei.

Ansonsten wird der Tagesordnung wie vorgelegt zugestimmt.

TOP 2

Anerkennung der Niederschrift der Sitzung vom 18. Mai

Frau Humpert-Kalb merkt zu TOP 5 der Niederschrift „Inklusionsplan für die Stadt Düsseldorf“ an, der Antrag beinhalte die Weiterleitung an den Rat der Stadt Düsseldorf. Dies sei nicht erfolgt, obwohl der Antrag in der vorliegenden Form beschlossen worden sei.

Ratsherr Lehne verweist auf den Wortlaut der Niederschrift:

„Der Vorsitzende empfiehlt abschließend, zunächst den Antrag – so wie er vorliege – zu beschließen. Der weitere Weg der Umsetzung sei dann zu klären.“

Er sagt zu, man nehme den Hinweis in das neue Protokoll auf und prüfe, wie die Angelegenheit an den Rat weiterzuleiten sei.

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form einstimmig, ohne Enthaltung angenommen.

TOP 3a

Gaslaternen – behindertenspezifische Aspekte

Herr Wessels erläutert seine Anfrage.

Herr Buschhausen trägt die schriftliche Antwort des Amtes für Verkehrsmanagement vor, die im Anschluss verteilt wird.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich Frau Pohlmann, Ratsherr Matheisen und der Vorsitzende, Ratsherr Lehne.

Der Beirat beschließt auf Anregung des Vorsitzenden, den zuständigen Verkehrsdezernenten, Herrn Beigeordneten Dr. Keller, in die nächste Sitzung einzuladen, um den Sachverhalt - ähnlich wie im Seniorenrat - darzustellen. Die Beleuchtung sei insgesamt ein großes Problem in Düsseldorf. Es solle dargestellt werden, welche Ausleuchtungsmöglichkeiten es gebe, insbesondere auch unter Berücksichtigung der Verkehrssicherheit für Menschen mit Behinderung.

TOP 3b

Barrierefreiheit psychotherapeutischer Praxen

Frau Reichmann-Schmidt erläutert die Anfrage.

Die Antwort des Gesundheitsamtes wird von Frau Hoop vorgetragen und im Anschluss verteilt.

Frau Reichmann-Schmidt fragt, ob für die psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten die Zuständigkeit der Psychotherapeutenkammer gegeben sei, während für die ärztlichen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten die kassenärztliche Vereinigung zuständig sei.

Frau Hoop antwortet, dass alle Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten mit Kassenzulassung, unabhängig davon, ob es psychologische oder ärztliche Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten seien, von der Kassenärztlichen Vereinigung vertreten würden.

Frau Reichmann-Schmidt ergänzt, ihre Anfrage habe nicht allein den ärztlichen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, sondern generell den psychotherapeutischen Praxen gegolten, also auch den psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten.

Herr Spelten bittet in seiner Eigenschaft als Assistent von Frau Kirberg darum, beim Schreiben an die Kammern auf die Notwendigkeit psychotherapeutischer Behandlung für Menschen mit geistiger Behinderung hinzuweisen, da hier oftmals eine mangelnde

Bereitschaft bestehe. Frau Hampe unterstützt dies und bestätigt, dass sie ähnliche Erfahrungen gemacht habe.

Herr Kozyk weist darauf hin, dass die Informationen zur Barrierefreiheit vermutlich auf Selbsteinschätzungen der Ärztinnen und Ärzte beziehungsweise Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten beruhten und seiner Meinung nach oft an der Wirklichkeit vorbeigingen. Man müsse auch konkrete Daten erfragen, denn was für den einen weitgehend barrierefrei sei, sei für andere womöglich unzureichend.

Frau Sader bezweifelt die fehlende Zuständigkeit der Psychotherapeutenkammer.

Der Vorsitzende stellt abschließend fest, dass der Beirat die Kassenärztliche Vereinigung und die Psychotherapeutenkammer gleichlautend anschreiben werde. Zusätzlich wird die Anregung von Frau Ott aufgenommen, das Thema auch in die Gesundheitskonferenz einzubringen.

TOP 3c

Psychotherapeutische Versorgung traumatisierter Flüchtlinge

Nachdem Frau Reichmann-Schmidt ihre Anfrage erläutert hat, wird die Antwort des Gesundheitsamtes von Herrn Pasch vorgetragen und im Anschluss verteilt.

Frau Reichmann-Schmidt stellt fest, ihr sei bislang nicht bekannt gewesen, dass die Gewaltopferambulanz auch Flüchtlinge betreue. Sie möchte wissen, ob es entsprechende Hinweise und Informationen für die Betreuungspersonen der Flüchtlinge gebe.

Herr Pasch antwortet, die Stelle biete grundsätzlich für alle Menschen Unterstützung an; inwieweit das in den einzelnen Unterkünften bekannt sei, wisse er nicht.

Der Vorsitzende regt an, diese Information in den „Runden Tisch zu Asyl- und Flüchtlingsfragen“ einzubringen.

Frau Reichmann-Schmidt bittet zusätzlich darum, die Flüchtlingsbeauftragte, Frau Koch, möge die Information auch an die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer weitergeben.

Ratsherr Matheisen fragt, ob die Stadt auch der „Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e. V.“ angeschlossen sei. Diese habe zu diesem Thema kürzlich eine Pressemitteilung und ein Positionspapier herausgegeben. Es sei deutlich geworden, dass die Kapazitäten insgesamt nicht ausreichen und Deutschland damit die EU-Aufnahmerichtlinie verletze. Bezüglich der geplanten Gesundheitskarte für Flüchtlinge deute sich an, dass wegen der damit verbundenen Vergütungsregelungen Flüchtlinge vielfach nicht behandelt werden könnten.

Frau Reichmann-Schmidt berichtet, dass sie aus Gesprächen mit Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten erfahren habe, dass die Gesundheitskarte keine psychotherapeutische Versorgung beinhalte.

Der Vorsitzende sagt zu, die Verwaltung werde das klären.

TOP 4

Nächste Schritte zur barrierefreien Kommunikation

Der Vorsitzende erinnert daran, dass der Beirat sich in der Vergangenheit oft mit Themen befasst habe, die den Aufgabenbereich des Amtes für Kommunikation betrafen. Zuletzt hätten die Themen barrierefreies Internet, Relaunch des städtischen Internetauftritts sowie barrierefreie Gestaltung der städtischen Öffentlichkeitsarbeit auf der Tagesordnung gestanden.

Er begrüßt Frau Jäckel-Engstfeld als Leiterin des Amtes für Kommunikation und erteilt ihr das Wort.

Frau Jäckel-Engstfeld entschuldigt sich, dass sie erst jetzt in den Beirat komme. Sie habe ihr Amt am 1. Dezember des vergangenen Jahres angetreten und habe sich als Seiteneinsteigerin aus dem Journalismus zunächst in vieles Neues einarbeiten müssen, Sie stellt Herrn Kamphausen als Leiter der Online-Redaktion in ihrem Amt vor, der sie begleite, um sie bei technischen Detailfragen zu unterstützen.

Das Amt für Kommunikation gehöre zum Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters und betreue die zentralen Publikationen der Stadt Düsseldorf, bringe den Pressedienst und die Presseschau heraus, beantworte Medienanfragen und verantworte den Online-Auftritt www.duesseldorf.de in Form der zentralen Onlineredaktion. Die technische Umsetzung des Onlineauftritts obliege dem Dienstleister IT-Kooperation Rheinland (ITK). Dazu gebe es noch fachbezogene Seiten im Onlineangebot sowie fachbezogene Publikationen, die von den jeweiligen Fachämtern realisiert würden. Das bedeute aber auch, dass barrierefreie Kommunikation eine Aufgabe sei, bei der das Amt für Kommunikation und die Fachämter einen einheitlichen Weg gehen sollten. Der nächste Schritt solle eine Handlungsempfehlung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur barrierefreien Öffentlichkeitsarbeit der Stadtverwaltung sein. Dabei gehe es um Publikationen, den Internetauftritt, aber auch um Veranstaltungen, die seitens der Stadt organisiert würden. Insofern sollten diese Empfehlungen auch dem Arbeitskreis Großveranstaltungen weitergegeben werden. In ihrem Amt seien bereits Vorarbeiten für diese Handlungsempfehlungen geleistet worden. Man werde auch Informationen für Veranstaltungen einbeziehen. Es gebe bereits konkrete Vorschläge. So solle beispielsweise die Schriftgröße, die in bisherigen Dienstanweisungen mit 6 bis 8 Punkt empfohlen werde, nun bei 9 Punkt liegen.

Niederschrift der Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung vom 31. August 2015

Eine solche Handlungsempfehlung müsse nach ihrer Herausgabe auch ins Bewusstsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung übergehen. Aus diesem Grunde beabsichtige sie, diese Empfehlungen in die Sitzung der Amts- und Institutsleitungen zu bringen. Des Weiteren sei beabsichtigt, sie im Rahmen eines Treffens aller für Öffentlichkeitsarbeit der Fachämter zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorzustellen.

Die Stadt bereite außerdem derzeit einen Neustart (Relaunch) von www.duesseldorf.de vor. Dies bedeute auch einen Riesenschritt in Richtung Barrierefreiheit. Aktuell befände man sich in der Phase der technischen Umsetzung. Sowohl beim Design wie auch bei der technischen Umsetzung werde die sogenannte BITV 2.0 (Verordnung barrierefreie Informationstechnik – eine Verordnung zum Behindertengleichstellungsgesetz) umgesetzt. Diese sei zwar auf Bundesebene vorgeschrieben, jedoch noch nicht in Nordrhein-Westfalen. Trotzdem habe man sich in ihrem Amt aber entschlossen, direkt die neue Richtlinie anzuwenden. Die technische Umsetzung erfolge durch den Dienstleister ITK Rheinland. Dieser habe zugesagt, die Barrierefreiheit der Seiten mit Hilfe externer Spezialisten zu untersuchen und zu überprüfen, ehe die Umstellung endgültig vollzogen werde.

Aus redaktioneller Sicht beachte man alle auch heute im Auftritt von www.duesseldorf.de berücksichtigte Regelungen. Neu hinzu kämen Informationen zum Inhalt und zur Navigation des Gesamtangebotes in Leichter Sprache sowie als Video in Deutscher Gebärdensprache. Dies geschehe analog zum neuen Internetauftritt des Landes Nordrhein-Westfalen unter www.nrw.de. Kurzfristig umgesetzte Videos seien entweder mit Untertiteln zu versehen oder hätten eine textliche Alternative. Langfristig umgesetzte Videos bekämen Untertitel. Beispielsweise würden zwei Videoprojekte, die derzeit in Arbeit seien, Ende der Woche beziehungsweise in ungefähr sechs Wochen erscheinen, selbstverständlich mit Untertiteln versehen. Der neue Internetauftritt werde außerdem ein „responsives Design“ haben, das bedeute, die Internetseiten könnten auf allen Geräten - vom Smartphone über das Tablet bis zum PC – ohne Probleme dargestellt werden. Es gebe eine verbesserte Strukturierung der Seiteninhalte durch die Überschriften oder Links, die Nutzerinnen und Nutzer sofort an die gewünschte Stelle der aufgerufenen Internetseite führe. Es gebe eine verbesserte Beschriftung von Formularfeldern sowie eine Optimierung der Tastaturbedienbarkeit (ohne Maus). Wichtige Navigationselemente auf der Seite verblieben im sichtbaren Bereich, unabhängig davon, wie weit die Seite heruntergescrollt werde. Bilder und Links seien mit erklärenden Alternativtexten versehen.

Ein derartiger Neustart einer Internetseite sei keine einmalige Aktion, sondern unterliege einem immerwährenden Prozess, in dem die Seiten zu verbessern seien, insbesondere auch unter dem Aspekt der Barrierefreiheit.

Niederschrift der Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung vom 31. August 2015

Abschließend lädt Frau Jäckel-Engstfeld die Vertreterinnen und Vertreter der Menschen mit Behinderung im Beirat ein, deren Hilfsmittel im Amt für Kommunikation vorzustellen und zu erklären, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für dieses Thema sensibilisiert würden und die Belange der Menschen mit Behinderung besser verstehen könnten.

Ratsherr Lehne dankt Frau Jäckel-Engstfeld für deren Ausführungen und äußert den Wunsch, den Nutzerinnen und Nutzern im Rahmen des neuen Internetauftritts eine Möglichkeit einzuräumen, Anregungen und Rückmeldung zur Barrierefreiheit der Seiten zu geben. Frau Jäckel-Engstfeld erklärt, dass sie diese Anregung gerne mitnehme.

Frau Hermanns weist darauf hin, dass die verschiedenen Fachämter und Kulturinstitute der Stadt im Rahmen ihrer Publikationen die Schrift Minion für den Lesetext verwenden und zwar oft in einer sehr kleinen Punktgröße. Aus Sicht der Sehbehinderten sei auch eine Schrift mit 9 Punkt, wie im Vortrag berichtet wurde, völlig unzureichend. Auch für ältere, Brille tragende Menschen sei diese Schrift kaum lesbar, da die Buchstaben nicht deutlich voneinander getrennt seien und optisch ineinanderfließen. Sie plädiere daher für die Nutzung einer serifenlosen Schrift in ausreichender Größe. Das Amt für soziale Sicherung und Integration verwende in seinen Schriften die serifenlose Schriftart News Gothic in der Punktgröße 12. Sie wünsche sich, dass das Amt für Kommunikation in dem städtischen Corporate Design eine serifenlose Schriftart festlege in einer für die meisten Menschen lesbaren Größe von mindestens 12 Punkt.

Herr Müller nimmt die Anregung von Frau Jäckel-Engstfeld auf, in einer Präsentation beim Amt für Kommunikation die Hilfsmittel der Sehbehinderten zu erläutern und für deren Probleme zu sensibilisieren. Der Runde Tisch Kommunikation werde sich in seiner Sitzung am 14. September diesem Thema annehmen und Vorbereitungen für eine derartige Präsentation treffen.

Frau Ott greift das Stichwort Sensibilisierung auf und regt an, sämtliche städtische Visitenkarten zusätzlich mit Brailleschrift zu versehen. Dies habe sie beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe kennengelernt. Sie halte das für sehr sinnvoll; es vergegenwärtige auch den Menschen die Thematik.

Ratsherr Lehne schließt die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt.

TOP 5

Beantwortung von Fragen an die Verwaltung

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass unter diesem Tagesordnungspunkt künftig Fragen an die Verwaltung, die sich in der Sitzung ergeben haben, beantwortet werden. Nach Möglichkeit soll dies schriftlich erfolgen, um den Sitzungsverlauf zu straffen und Möglichkeit zur Vorbereitung zu geben.

a) Hilfsmittelversorgung der Flüchtlinge

Die Antwort der Verwaltung wurde bereits mit der Einladung versandt.

Frau Ott fragt, ob in Anbetracht der Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge durch das Land Nordrhein-Westfalen noch die Notwendigkeit bestehe, das Gesundheitsamt einzubeziehen. Herr Buschhausen antwortet, dass es Einzelfälle gebe, in denen das Gesundheitsamt beurteilen müsse, ob das beantragte Hilfsmittel geeignet sei; das werde sich auch im Rahmen der Gesundheitskarte nicht ändern.

b) Düsselferien inklusiv

Die Antwort des Jugendamtes wurde mit der Einladung versandt.

Frau Ott zitiert aus der Antwort die Aussage, man hoffe, dass sich zukünftig immer mehr Eltern trauten, ihr Kind mit einer Behinderung bei den „normalen“ Düsselferien anzumelden und ergänzt es um die Frage, welche Anreizsysteme für Eltern geschaffen werden könnten, dass sich in Zukunft noch mehr Eltern trauen, als das bislang der Fall gewesen sei.

Herr Horn betont in seiner Antwort, dass es zunächst wichtig sei, die Rahmenbedingungen für Regelangebote bei den „normalen“ Düsselferien so zu gestalten seien, dass auch Kinder mit Behinderung daran teilnehmen könnten. Für die Kinder böte sich in den „Peergroups“ die beste Atmosphäre, das Thema Behinderung aufzugreifen. Man stelle gleichzeitig aber fest, dass die Eltern behinderter Kinder oftmals ängstlich seien und sich fragten, ob es richtig sei, ihre Kinder in ein solches System zu überführen. Sie suchten oftmals eher „Schutzräume“, in denen Angebote ausschließlich für Kinder mit Behinderung gemacht würden. Es gebe Grenzbereiche in der Frage, ob man besonders gezielte Angebote machen sollte oder die Regelangebote richtig seien. Es werde versucht, immer auch zusätzliche Angebote für Kinder mit Handicap in den regulären Düsselferien vorzuhalten. Er sei der Meinung, das Thema müsse in der Gesellschaft weiter getragen werden und dies fange bei den Kindern und Jugendlichen an. Man versuche, so viel Normalität wie möglich in das Thema hineinzubringen. Eltern, die Angst hätten, versuche man diese Angst zu nehmen. Er stellt in Aussicht, dass es im nächsten Jahr für die Eltern die Möglichkeit geben solle, bei den regulären Düsselferien zu hospitieren. Man versuche, sich dem Thema behutsam zu nähern. Die Eltern sollten überzeugt werden. Sie sollten ihre Kinder nicht in ein Angebot geben, von dem sie nicht überzeugt seien.

c) Inklusionsplan für Düsseldorf

Frau Wernecke trägt in der Antwort des Schulverwaltungsamtes vor, die Landeshauptstadt Düsseldorf habe strukturelle Voraussetzungen geschaffen, um ein inklusives Bildungssystem gesamtstädtisch zu etablieren. Das Thema Inklusion sei in verschiedenen Fachgremien aufgegriffen worden. Hier seien insbesondere die

Niederschrift der Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung
vom 31. August 2015

Bildungskonferenz und der multiprofessionell besetzte „Qualitätszirkel Inklusion“ zu nennen, der sich um das Thema schulische Inklusion bemühe und in welchem der Beirat für Menschen mit Behinderung durch Frau Humpert-Kalb vertreten sei.

Was das Thema Inklusionsplan betreffe, möchte sie auf die Empfehlung der kommunalen Spitzenverbände aus dem vergangenen Jahr hinweisen, nach der die Entwicklung im Bereich Inklusion im Rahmen integrierter kommunaler Bildungsplanung abzubilden seien. Dieser Empfehlung sei die Landeshauptstadt gefolgt und habe in dem aktuellen „Vierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan“ das Thema Inklusion als Querschnittsthema in den Bereichen Jugend, Schule, Kultur, Gesundheit und Sport abgebildet. In den zu diesem Plan gehörenden Anlagen Schule und Jugendhilfe werde darüber hinaus ausführlich dargelegt, welche Maßnahmen getroffen wurden und welche konkreten Planungen es im Bereich Inklusion gebe. Der Anlageband Schule beinhalte ein eigenes Kapitel Inklusion. Dort werde zum Beispiel die Ist-Situation beim gemeinsamen Lernen und in den Förderschulen dargestellt sowie die Entwicklung und die Handlungsfelder, mit denen sich der Qualitätszirkel Inklusion befasse. Dieser Anlageband Schule werde am kommenden Donnerstag in einer Sondersitzung des Schulausschusses präsentiert.

Das Schulverwaltungsamt habe darüber hinaus Inklusionspläne anderer Kommunen ausgewertet und die dort enthaltenen Planungen, Maßnahmen und Handlungsempfehlungen denen in Düsseldorf gegenübergestellt und festgestellt, dass die meisten Maßnahmen durchaus vergleichbar seien.

Frau Humpert-Kalb erwidert, den angesprochenen „Anlageband Schule“ des Vierten integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplans kenne sie noch nicht, da er ja erst in der kommenden Sitzung im Schulausschuss verabschiedet werden solle.

Aus ihrer Arbeit als Mitglied des Qualitätszirkels Inklusion wisse sie, dass das Schulverwaltungsamt den Inklusionsplan von Köln mit den Inhalten des Qualitätszirkels verglichen habe. Sie möchte gerne wissen, aus welchen anderen Städten Inklusionspläne ausgewertet worden seien. Wenn die Maßnahmen anderer Kommunen zum größten Teil mit denen in Düsseldorf vergleichbar seien, wie im Vorangegangenen gesagt worden sei, dann habe man dies auch in Form eines Inklusionsplans für Düsseldorf zusammenfassen können. Aus ihrer Sicht müsse ein derartiger Inklusionsplan Handlungsschritte, Maßnahmen, Zeitplan und Ressourcen beinhalten.

An die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen im Beirat gewandt, weist sie darauf hin, dass es eine Kooperationsvereinbarung der „Ampel“ vom September 2014 gebe, in der auf Seite 26 von einem „planvollen Vorgehen“ die Rede sei. Hinsichtlich der schulischen Inklusion stehe dort, es sei ein Inklusionsplan als Teil des Stadtentwicklungskonzepts (STEK 2020+) anzustreben. Inklusion umfasse das gesamte gesellschaftliche Leben in einer Stadt, sie könne daher nicht nur auf Jugend

und Schule beschränkt bleiben. Die Schulentwicklung müsse aber ebenfalls ihren Teil dazu beitragen.

Zwischenzeitlich sei ein Jahr seit dieser Kooperationsvereinbarung vergangen und sie frage sich, was davon bisher verwirklicht wurde.

Abschließend fragt sie, warum der in der vergangenen Sitzung des Beirates verabschiedete Antrag nur an das Schulverwaltungsamt und nicht auch an den Rat weitergeleitet worden sei.

Die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen erklären, dass sie in den entsprechenden Gremien beziehungsweise dem Schulausschuss nicht vertreten seien.

Der Vorsitzende erklärt abschließend, zunächst hätten die Fraktionen den sie betreffenden Hinweis aufgenommen und würden dem Beirat eine Antwort zukommen lassen. Darüber hinaus werde, wie bereits unter TOP 2 besprochen, der Antrag dem Rat zugeleitet.

d) Ämter- und dezernatsübergreifende Zuständigkeiten im Planungsprozess

Der Vorsitzende erinnert daran, dass er in der Angelegenheit namens des Beirates Herrn Oberbürgermeister Geisel angeschrieben und den Sachverhalt geschildert habe.

Für die Verwaltung antwortet Herr Greß vom Amt für Gebäudemanagement, sein Amt sei zuständig für die Planung und den Bau städtischer Hochbaumaßnahmen. In diesem Zusammenhang stelle man die Maßnahmen zur Barrierefreiheit regelmäßig im Runden Tisch Bauen vor und Sorge dafür, dass Maßnahmen zur Barrierefreiheit, wie die taktilen Leitsysteme, in den Außenanlagen und innerhalb der Gebäude so gestaltet werden, dass sich alle Menschen dort zurechtfinden können. Oftmals gebe es dabei eine Schnittstelle in den öffentlichen und privaten Bereich und er versichere, dass sich sein Amt künftig grundsätzlich und zu einem früheren Zeitpunkt im Planungsprozess mit dem Amt für Verkehrsmanagement abstimmen und dafür Sorge tragen werde, dass diese Schnittstellen in den öffentlichen und privaten Bereich besser gestaltet werden.

Herr Kozyk merkt an, wenn dies die Beantwortung des Briefes an Herrn Oberbürgermeister sei, dann sei sie aus seiner Sicht noch nicht sehr befriedigend. Er frage sich, ob in Zukunft tatsächlich auch gewährleistet sei, dass diese Abstimmungen zwischen Ämtern und Dezernaten erfolgen oder ob dies lediglich angestrebt werde? Er halte die Antwort für recht vage. Ihn interessiere, ob es schon abgestimmte Prozesse oder Verfahren, nach denen man vorgehen wolle, gebe. Derzeit sei das seiner Meinung nach sehr nebulös.

Ratsherr Lehne unterstützt Herrn Kozyk. Es gebe seitens der Verwaltung noch einiges zu klären. Sein Brief vom Anfang des Jahres sei nicht befriedigend beantwortet.

Herr Greß ergänzt, es sei bereits jetzt so, dass Baumaßnahmen quer durch die gesamte Verwaltung abgestimmt würden. Stadtplanungsamt, Bauverwaltungsamt, Stadtentwässerungsbetrieb und natürlich auch das Amt für Verkehrsmanagement seien da einbezogen. Man werde den Punkt „Zusammenführung der taktilen Leitsysteme“ ab sofort in den Abstimmungsgesprächen im Planungsprozess mit berücksichtigen. Er werde in seinem Amt darauf hinweisen, dass dieser Aspekt bei den regelmäßigen Abstimmungsgesprächen besonders beachtet werde. Allerdings könne er nicht garantieren, dass tatsächlich dieser Übergabepunkt immer bei jedem Bauvorhaben klappen werde. Baumaßnahmen im öffentlichen Bereich, im Straßen- und Gehwegbereich seien zeitlich nicht immer getaktet mit Maßnahmen im Hochbaubereich. Dort wird man mit Sicherheit den einen oder anderen Kompromiss finden müssen. Er sage aber zu, dass dieses Thema ab sofort in Abstimmungsgesprächen mit dem Amt für Verkehrsmanagement aufgenommen werde.

Der Vorsitzende, Ratsherr Lehne, schließt diesen Punkt mit dem Hinweis, der Beirat werde darauf achten, dass niemand in diesem Prozess vergessen werde. Sollte es nicht klappen, werde sich der Beirat wieder zu Wort melden.

e) Barrierefreiheit des Plenarsaals

Herr Greß erklärt, das Amt für Gebäudemanagement werde nun in den Planungsprozess zur barrierefreien Ertüchtigung des Plenarsaals - insbesondere auch der barrierefreie Zugang zum Rednerpult - einsteigen.

Herr Kozyk fragt nach, ob dies auch unter Einbeziehung der betroffenen behinderten Menschen erfolgen werde; dies sei seine eigentliche ergänzende Frage in der letzten Sitzung gewesen.

Der Vorsitzende fragt ergänzend, ob es hier auch ein Beteiligungsverfahren analog dem im Landtag NRW praktizierten geben werde.

Herr Greß antwortet, es gebe bereits ein Beteiligungsverfahren. Die Maßnahmen würden im Runden Tisch Bauen hinsichtlich ihrer Barrierefreiheit vorgestellt. Er könne auch zusagen, dass die Maßnahme „Plenarsaal“, wenn sie so weit sei, auch im Beirat vorgestellt werde. Es spreche auch nichts dagegen, im Planungsprozess Vertreterinnen und Vertreter aus dem Beirat einzubeziehen, man werde dann auf die Beiratsmitglieder zukommen.

Herr Kozyk greift erneut den Beteiligungsprozess im Landtag auf, bei dem Behindertenvertreterinnen und Behindertenvertreter eine Begehung des Plenarsaals und des Landtagsgebäudes durchgeführt und dabei ihre Bedarfe dargestellt hätten. Eine derartige Begehung sowie ein Begehungsprotokoll seien sehr hilfreich.

Ratsherr Lehne antwortet, er habe Herrn Greß so verstanden, dass das genauso geplant sei. Dies wird von Herrn Greß so bestätigt.

Niederschrift der Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung
vom 31. August 2015

f) Sanierung Theatermuseum

Herr Greß bittet darum, den Punkt zurückzustellen, da die Baumaßnahme noch nicht soweit sei, im Beirat vorgestellt zu werden. Sie befinde sich noch in einer verwaltungs-internen Abstimmung hinsichtlich grundsätzlicher Fragen.

Der Beirat kommt der Bitte nach und vertagt das Thema.

g) Masterplan Gebäudesanierung

Dieser Masterplan befinde sich ebenfalls noch in der Abstimmung – insbesondere zu technischen Fragen. Die Beteiligung sei noch nicht diskutiert worden. Sobald das Vorgehen feststehe, werde geklärt, wer in diesen Prozess einbezogen werde. Daher mache es keinen Sinn, schon jetzt Beteiligte zu nennen.

Der Beirat entspricht auch in diesem Punkt dem Wunsch nach Vertagung.

h) Taktiler Leitsystem Bertha-von-Suttner-Platz / Hauptbahnhof

Herr Buschhausen trägt die Antwort des Amtes für Verkehrsmanagement vor, die im Anschluss verteilt wird.

TOP 6

Berichte aus den Runden Tischen

a) Runder Tisch Verkehr

Herr Zielonka berichtet, dass sich der Runde Tisch in seiner Sitzung am 24. August unter anderem mit den Ausfällen von Aufzügen und Fahrtreppen an den Bahnhöfen der Deutschen Bahn befasst habe.

Dabei seien besonders die Langzeitausfälle der Aufzüge an den Stationen Reisholz und Wehrhahn kritisiert worden. Am S-Bahnhof Reisholz sei der Aufzug bereits seit März - also seit sechs Monaten - ununterbrochen defekt. Dies sei besonders erwähnenswert, da dieser Bahnhof von behinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der dort ansässigen Behindertenwerkstatt genutzt werde. Ebenfalls seien häufig Ausfälle am Hauptbahnhof und am S-Bahnhof Düsseldorf-Wehrhahn zu verzeichnen.

In der Beiratssitzung am 24. März des vergangenen Jahres habe der Leiter des Düsseldorfer Bahnhofsmanagements, Herr Grein, ausführlich die Hintergründe geschildert und Verbesserungen zugesagt.

Der Runde Tisch stelle nun nach 18 Monaten fest, dass die Störanfälligkeit und die Reparatur- und Ausfallzeiten immer noch erheblich und unannehmbar seien.

Zudem habe man im Rahmen der Neugestaltung des Hauptbahnhofs seitens der Deutschen Bahn zugesagt, dass die Aufgänge zu den Gleisen für Sehbehinderte und blinde Menschen mit Handlaufbeschriftungen mit Informationen zur Gleisnummerierung

Niederschrift der Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung
vom 31. August 2015

(Metallplättchen mit Text in Braille- und Pyramidenschrift) versehen würden. Ähnliche Informationen befänden sich bereits an den Abgängen zu den U-Bahnstationen und seien für den Personenkreis sehr hilfreich zur Orientierung.

Der Runde Tisch Verkehr bittet die Verwaltung, Kontakt zur Deutschen Bahn AG aufzunehmen und diese aufzufordern, umgehend etwas zur Verbesserung der Situation zu unternehmen. Die Verfügbarkeit der Aufzüge und Fahrtreppen im Düsseldorfer Stadtgebiet sei spürbar zu verbessern. Die bereits vor langer Zeit zugesagten Handlaufbeschriftungen müssten umgehend angebracht werden.

Der Beirat schließt sich dem Votum des Runden Tisches Verkehr ohne weitere Diskussion an.

b) Runder Tisch Kinder, Jugendliche und Familie

Die Sprecherin Frau Humpert-Kalb berichtet, dass sich der Runde Tisch am 19. Mai mit dem Thema „Inklusion an Düsseldorfer Schulen“ befasst habe.

Das „Erste Gesetz zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen für den Schulbereich (9. Schulrechtsänderungsgesetz)“ sei am 1. August 2014 in Kraft getreten.

Kernpunkt der Sitzung sei das diesjährige Verfahren der Schulplatzvergabe für Kinder und Jugendliche mit Behinderung sowohl an Grundschulen als auch an weiterführenden Schulen.

Im Vorfeld der Sitzung hätten sich Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung mit ihren Fragen zur Schulplatzvergabe an den Runden Tisch gewandt.

Die Fragen seien in einem Vortreffen der Vertreterinnen und Vertreter aus den Vereinen und Organisationen der Menschen mit Behinderung gesammelt, strukturiert und aufbereitet worden und im Anschluss dem Schulverwaltungsamt mit der Bitte um Beantwortung in der Sitzung des Runden Tisches zur Verfügung gestellt worden.

Vertreterinnen des Schulverwaltungsamtes hätten sich dankenswerterweise den Fragen gestellt, ausführlich informiert und die Verfahrensweisen im insgesamt komplexen Verfahren der Schulplatzvergabe erläutert.

Beinahe alle Fragen der Eltern seien in der Sitzung erörtert und beantwortet worden. Dabei seien auch wertvolle Hinweise und praktische Erfahrungen zum Verfahren der Schulplatzvergabe aus der Perspektive der Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung mitgeteilt worden, so dass Handlungsansätze und Optimierungsbedarfe aufgezeigt werden konnten.

Die nächste Sitzung des Runden Tisches Kinder, Jugendliche und Familie sei für den 26. November vorgesehen.

Der Beirat nimmt den Bericht ohne Diskussion zur Kenntnis.

TOP 7

Mitteilungen der Verwaltung

Herr Buschhausen trägt die Mitteilungen der Verwaltung vor:

a) Beiratstreffen Südpark

Die Verwaltung hat aus der letzten Sitzung den Auftrag des Vorsitzenden mitgenommen, für ein informelles Treffen der Beiratsmitglieder im Südpark Vorbereitungen zu treffen.

Im geschäftsführenden Vorstand wurde als Termin Donnerstag, der 22. Oktober, in der Zeit ab 13.30 Uhr vorgeschlagen.

Nach derzeitigem Stand werde es eine kleine Führung im Südpark (Höfchen, einschließlich des Kräutergartens) geben (13.30 Uhr bis circa 14.30 Uhr). Im Anschluss werde man im Café des Südparks Gelegenheit zu einem informellen Austausch haben.

b) Integrationskräfte im Offenen Ganztage

Auf Beschluss des Rates vom 25. Juni 2015 hat das Amt für soziale Sicherung und Integration eine Informationsvorlage zum Thema „Integrationskräfte im Offenen Ganztage“ am 19. August in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales eingebracht. Die Vorlage wird am 29. September in den Schulausschuss eingebracht. Die Verwaltung wird über die Ergebnisse zu gegebener Zeit berichten.

TOP 8

Verschiedenes

Frau Ott weist darauf hin, dass in der letzten Sitzung von verschiedenen Mitgliedern überlegt worden sei, wie zur Überwindung der Barrieren der neuen Fahrzeuge auf der Linie der S8/S5 ein „Düsseldorfer Modell“ entwickelt werden könne. Sie möchte wissen, ob es diesbezüglich Kontakte mit dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) gebe. Neben den Barrieren der neuen S-Bahnfahrzeuge käme erschwerend die vom Runden Tisch Verkehr beschriebene Situation der defekten Aufzüge hinzu. Somit würden die Fahrgäste mehrfach behindert. Sie kämen nicht vom Bahnsteig wegen der defekten Aufzüge und, was noch schlimmer sei, sie bekämen nicht einmal die entsprechenden Informationen, um sich darauf einstellen zu können.

Der Vorsitzende fragt, ob sich der Ordnungs- und Verkehrsausschuss (OVA) mit der Thematik beschäftigt habe und erinnert daran, dass beim letzten Mal vereinbart worden sei, sich etwa halbjährlich mit diesen Fragen im Beirat zu befassen. Er schlägt vor, die Verwaltung möge zunächst beim VRR den Sachstand erfragen; sollte von dort keine befriedigende Antwort kommen, müsse der Verkehrsverbund erneut im Beirat berichten.

Niederschrift der Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung
vom 31. August 2015

Er erinnert daran, dass der Beirat in dieser Frage nicht entscheide, sondern nur anmahnen und sich berichten lassen könne.

Frau Ott meint, die Diskussion sei aus ihrer Sicht anders gewesen. Die Verantwortlichen des VRR hätten erklärt, dass sie dafür nicht zuständig seien; die Stadt müsse selber Abhilfe schaffen.

Der Vorsitzende erklärt, das sei dann Sache des OVA, er habe das aber anders in Erinnerung und zwar, dass man sich hier wieder berichten lassen wolle. Der Verkehrsdezernent, Herr Dr. Keller, habe zu dem Thema auch ausführlich referiert. Das Ergebnis sei für den Beirat nicht sehr erfreulich, aber das liege nicht in dessen Verantwortung. Er schlägt vor, das Thema in den Ordnungs- und Verkehrsausschuss einzubringen und anschließend im Beirat berichten zu lassen. Der OVA sei letztendlich das richtige Gremium, das auch die entsprechenden Maßnahmen beschließen könne.

Ratsherr Matheisen erinnert an die Idee, den Begleitservice der Zukunftswerkstatt Düsseldorf (ZWD), der von der Rheinbahn genutzt werde, auszuweiten. Man könne diesbezüglich bei der ZWD anfragen, ob es dort entsprechende Möglichkeiten gebe.

Herr Zielonka weist in seiner Eigenschaft als Beiratsvertreter im OVA darauf hin, dass der Vorsitzende des OVA, Ratsherr Volkenrath, den VRR eingeladen habe. Seines Wissens wolle der OVA sich noch in diesem Jahr mit dem Thema Bahnsteighöhen befassen. Soweit ihm bekannt sei, werde dieses Thema noch in diesem Jahr im OVA besprochen. Er würde es aber begrüßen, wenn dies seitens des Beirates unterstützt werde.

Der Vorsitzende, Ratsherr Lehne, nimmt den Vorschlag auf und bittet die Verwaltung, entsprechend Kontakt zur ZWD aufzunehmen. Bezüglich der generellen Fragen zu diesem Thema sagt er zu, den Vorsitzenden des Ordnungs- und Verkehrsausschusses, Ratsherrn Volkenrath, anzuschreiben und ihn darum zu bitten, das Thema auf die Tagesordnung des Ausschusses zu setzen.

Herr Wessels weist im Auftrag von Frau Kroker-Christmann von der Arbeitsgemeinschaft der Vereine Behinderter und chronisch kranker Menschen (ARGE e. V.) darauf hin, dass am kommenden Samstag beim Selbsthilfetag am Schadowplatz am gemeinsamen Stand des Beirates und der ARGE e. V. (Stand-Nr. 17) Hilfsmittel wie Gehhilfen, Rollatoren etc. abgegeben werden könnten, mit dem Ziel, diese an die Flüchtlingshilfe weiterzugeben.

Niederschrift der Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung
vom 31. August 2015

Fragestunde für Bürgerinnen und Bürger

Herr Freitag meldet sich zu Wort und hat Anregungen zu inklusiven Sportprojekten. Der Vorsitzende bedankt sich dafür und verweist an den Leiter des Sportamtes, Herrn Heithorn. Sofern konkrete Projekte anstünden, wäre er gerne bereit, auf diese auch im Beirat hinzuweisen.

Ratsherr Lehne schließt die Sitzung mit dem Hinweis auf die nächste Sitzung am Montag, den 30. November, um 14 Uhr.

Ende der Sitzung: 16 Uhr

Ratsherr Lehne

Vorsitzender

Wessels

stellvertretender Vorsitzender

Müller

Schriftführung